

Antrag C001: Transformation gerecht gestalten, in die Zukunft investieren

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Transformation gerecht gestalten, in die Zukunft investieren

1 **Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel**

2 Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zeigt, dass sozialer Fortschritt in einer
3 sich wandelnden Welt nie ein Selbstläufer war, sondern immer erkämpft werden musste.
4 In den kommenden Jahren werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sich
5 gemeinsam für Gute Arbeit in einer nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaft und
6 ein modernes, gerechtes und zukunftsfähiges Gemeinwesen einsetzen. Gemeinsam nehmen
7 wir Einfluss auf die Politik, damit die richtigen Weichen gestellt werden.

8 Die Herausforderungen, vor denen wir dabei stehen sind enorm: Globalisierung,
9 Digitalisierung und insbesondere der Klimawandel treiben eine umfassende
10 Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise voran. In der Arbeitswelt geraten
11 gewerkschaftlich gut organisierte Branchen und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze
12 unter Druck. Die notwendige Reduktion der CO₂-Emissionen führt zu einem umfassenden
13 Umbau insbesondere in Deutschlands Schlüsselindustrien. Die digitale und die
14 ökologische Transformation stellen etablierte Geschäftsmodelle, Produktionsverfahren
15 und ganze Wertschöpfungsketten in Frage. Sicher geglaubte Arbeitsplätze laufen zum
16 Teil Gefahr, ins Ausland verlagert zu werden.

17 Zwar entstehen neue Branchen und Arbeitsfelder. Doch sehen wir dort noch vielfach
18 Arbeitsbedingungen, die nicht dem gewerkschaftlichen Anspruch Guter Arbeit genügen.
19 So herrschen beispielsweise in vielen Betrieben für Anlagen erneuerbarer Energien
20 noch keineswegs Mitbestimmungs- und tarifliche Standards, wie sie in anderen großen
21 Industrieunternehmen die Regel sind. Auch hält Plattformarbeit als neue
22 Beschäftigungsform und neue, kaum regulierte Form des Wirtschaftens, Einzug in vielen
23 Branchen. Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbelastung fallen dabei höchst
24 unterschiedlich aus. Digitalisierte Produkte und Produktionsprozesse verändern die
25 Geschäftsmodelle zahlreicher Unternehmen und damit die Qualifikationserfordernisse
26 ganzer Berufsgruppen.

27 Mit der Digitalisierung schreitet auch die Globalisierung in veränderter Form voran
28 und befeuert den wirtschaftlichen Wandel in Deutschland und Europa: Chinas Streben
29 nach Technologieführerschaft in Schlüsselbranchen der Industrie und die dortige
30 offensive Industriepolitik bringen Veränderungen in der globalen Arbeitsteilung und
31 neue Wettbewerbsbedingungen mit sich. Gleichzeitig richtet der wichtige
32 Handelspartner USA den Blick verstärkt nach innen, auf die heimischen Märkte und auf

33 eine stärkere Förderung von „Made in America“. Die Folgen des Krieges in der Ukraine
34 für die globalen Wirtschaftsbeziehungen und -entwicklungen sind derzeit kaum
35 absehbar. Sicher ist aber, dass der Krieg Deutschland und Europa vor die
36 Herausforderung stellt, Abhängigkeiten bei Lieferketten und der Energieversorgung zu
37 überwinden und Antworten auf viele offene Fragen hinsichtlich künftiger
38 Handelsbeziehungen mit Russland zu entwickeln. All das erfordert Änderungen in der
39 europäischen und nationalen Wirtschaftspolitik.

40 Dort, wo strukturbildende Branchen in Deutschland unter Druck geraten, steht oft das
41 Schicksal ganzer Regionen auf dem Spiel. Regionen, die zum Teil jahrzehntelang
42 wirtschaftlich prosperiert haben, sehen sich plötzlich vor gewaltigen Umbrüchen. Der
43 beschleunigte Strukturwandel trifft in der Bundesrepublik auf ein reiches Land, das
44 jedoch von erheblichen regionalen Unterschieden geprägt ist. Ein Land, in dem die
45 Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, wo sich soziale, ökonomische
46 und kulturelle Gegensätze – beispielsweise zwischen Stadt und Land – verstärkt haben.
47 Auch zwischen Ost und West herrschen nach wie vor strukturelle Unterschiede. Vom
48 grundgesetzlichen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist unser Land noch weit
49 entfernt.

50 Verschärft wird die Situation durch eine jahrzehntelange Vernachlässigung der
51 öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Privatisierung, Personalabbau und ein
52 öffentlicher Sparkurs führten zu weniger Investitionen – vor allem in den Kommunen.
53 In Bildung, Kinderbetreuung, Pflege und anderen Bereichen wurden weder die
54 notwendigen Kapazitäten geschaffen noch die Attraktivität der Arbeitsbedingungen
55 ausreichend verbessert.

56

57 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden die kommenden Jahre nutzen, um Gute
58 Arbeit in der Transformation zu sichern und zu fördern. Wir kämpfen dafür, dass die
59 Beschäftigten zu Gewinner*innen des Strukturwandels werden, dass sie vom technischen
60 Fortschritt und möglichen Produktivitätsfortschritten in der Digitalisierung
61 profitieren. Mit strukturpolitischen Initiativen haben der DGB und seine
62 Mitgliedsgewerkschaften bereits in der Vergangenheit wichtige Grundlagen für eine
63 beschäftigungsorientierte Gestaltung der Transformation vor Ort gelegt – etwa in der
64 Industrie- und Mobilitätspolitik oder bei der Strukturentwicklung der Kohlereviere.
65 Diese Initiativen sollen verstetigt und ausgeweitet werden. Auch künftig werden wir
66 vor Ort mit betrieblichen Akteur*innen und Politik zusammenarbeiten, um ganz konkrete
67 Projekte einer wirkungsvollen Strukturpolitik auf die Beine zu stellen. Wir werden
68 Taktgeber*innen des Wandels sein und die Transformation gestalten – mit modernen
69 Tarifverträgen, aktiver Mitbestimmung, mit der Macht der Solidarität und klaren
70 Botschaften an die Politik: Wo der Strukturwandel bisherige Tätigkeiten verdrängt,
71 müssen neue, gleichwertige und mitbestimmte Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir
72 setzen uns ein für Beschäftigungsgarantien und gute Perspektiven für Kolleg*innen in
73 betroffenen Branchen und für mehr zukunftsfähige Aus- und Weiterbildung.

74 Die Politik in Bund und Ländern werden wir dazu drängen, die Regeln entsprechend zu
75 setzen. Sie muss mit Investitionen proaktiv gestalten, für eine gerechte
76 Finanzierung, soziale Sicherheit und Ausgleich sorgen. Mit einer aktiven Struktur-,
77 Handwerks-, Industrie-, Dienstleistungs- und Arbeitsmarktpolitik muss Transformation
78 rechtzeitig dort gestaltet werden, wo sie stattfindet: in den jeweiligen Regionen.
79 Dabei ist es entscheidend, die Gestaltung zu beginnen, bevor Umbrüche zu
80 Strukturbrüchen führen.

81 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften steht fest: Eine sozial, ökologisch und
82 demokratisch gestaltete Transformation bietet große Chancen – auf ein besseres Leben,
83 auf Gute Arbeit, mehr Gerechtigkeit und auf nachhaltigen Wohlstand. Doch diese
84 Chancen werden sich nicht von selbst ergeben. Die Steuerung von Entwicklungen, die
85 Jahrzehnte in die Zukunft reichen, ist eine Aufgabe, die alle gesellschaftlichen und
86 politischen Entscheidungsträger*innen fordert und neue Ansätze auf allen Ebenen nötig
87 macht – von der Kommune über den Nationalstaat bis hin zur europäischen und globalen
88 Ebene.

89

90 **Die Beschäftigten gestalten die Zukunft**

91 In einer Demokratie darf demokratische Teilhabe nicht am Werkstor enden. Wenn allein
92 Marktwänge und Profitorientierung die Transformation bestimmen, werden Umwelt und
93 die Mehrheit der Menschen dabei verlieren. Wenn Belegschaften intensiver in
94 Investitions- und Produktionsentscheidungen einbezogen werden, können wirtschaftliche
95 Aktivitäten jedoch in Bahnen gelenkt werden, die den Umbau der Wirtschaft zügig
96 vorantreiben, ohne zu Lasten von Beschäftigung zu gehen.

97 Die Gewerkschaften werden deshalb das ihrige tun, um in neuen Branchen und Betrieben
98 noch stärker Fuß zu fassen und auch Kolleg*innen in neuen Beschäftigungsformen, wie
99 der Plattformarbeit, zu organisieren. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften
100 ist aber auch klar: In Anbetracht der gewaltigen Herausforderungen und der
101 existierenden Schattenseiten unseres Wirtschaftssystems brauchen wir eine
102 grundsätzliche, neue Debatte um die Demokratisierung der Wirtschaft. Anhörungs- und
103 Initiativrechte von Betriebs- und Personalräten müssen insbesondere auch in
104 wirtschaftlichen Fragen ausgebaut werden. Dabei sind Beratungsmöglichkeiten und die
105 Hinzuziehung von externen Sachverständigen weiter auszubauen und zu finanzieren. Auch
106 eine Stärkung und Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung und eine flächendeckende
107 Tarifbindung tragen dazu bei, den Wandel möglichst reibungslos und erfolgreich für
108 alle zu meistern. Nicht zuletzt deshalb muss die Vergabe von Fördergeldern und
109 öffentlichen Aufträgen viel stärker an die Bedingung der Tarifbindung und Guter
110 Arbeit geknüpft und mit branchenspezifischen gemeinsamen Einrichtungen der
111 Tarifvertragsparteien verzahnt werden.

112 Digitalisierung und Dekarbonisierung bringen neue Qualifikationserfordernisse für die
113 Beschäftigten mit sich. Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarfe in besonders von
114 der Transformation betroffenen Branchen werden zunehmen. Arbeitnehmer*innen dürfen

115 mit den neuen Anforderungen nicht allein gelassen werden. Instrumente zur
116 Qualifizierungsförderung und Fachkräfteentwicklung sowie die Existenzsicherung
117 während einer Qualifizierung durch Transformationskurzarbeitsgeld und
118 Qualifizierungseinkommen für vom Strukturwandel betroffene Beschäftigte und
119 Arbeitslose müssen ausgebaut werden. Das Transfer-Kurzarbeitsgeld muss erweitert
120 werden. Zusammen mit der Vernetzung regionaler Arbeitsmarktakteur*innen durch
121 Transformationsräte/ -netzwerke trägt das dazu bei, dass die industriellen Cluster
122 unserer Volkswirtschaft erhalten, ein moderner und klimafreundlicher Umbau mit den
123 dafür notwendigen Fachkräften möglich und gesellschaftlich notwendige
124 Dienstleistungen in hoher Qualität für alle angeboten werden.

125 Jeder Mensch muss möglichst frühzeitig auf die Herausforderungen der transformativen
126 Prozesse vorbereitet werden. Die Transformation unserer Gesellschaft und
127 Lebensgrundlagen muss darum auf dem gesamten Bildungsweg – von der frühen Bildung
128 über die Schule, Hochschule, berufliche Bildung und Weiterbildung – entsprechend
129 Berücksichtigung finden. Mit hochwertiger Bildung als viertem Ziel für Nachhaltige
130 Entwicklung haben die Vereinten Nationen im Rahmen der Sustainable Development Goals
131 (SDG) bereits 2015 einen zentralen Grundstein gelegt, dem wir im Rahmen der
132 Transformation besonders Rechnung tragen müssen. Bildung für nachhaltige Entwicklung
133 muss in diesem Kontext zu einem Leitsatz werden.

134 Der durch die Mobilitäts- und Energiewende ausgelöste wirtschaftliche Strukturwandel
135 betrifft nicht nur einzelne Industriebetriebe und ihre Beschäftigten. Ganze Regionen
136 werden die Auswirkungen spüren – vom kleinen Zulieferbetrieb über den Einzelhandel
137 bis hin zu Bildung und Forschung. Nur wenn hier frühzeitig präventiv eingegriffen und
138 die Interessen der Beschäftigten in den Mittelpunkt gerückt werden, kann ein solcher
139 Wandel erfolgreich bewältigt werden. Dafür und zum Ausgleich bestehender Unterschiede
140 in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land und
141 strukturschwachen und Boom-Regionen im Allgemeinen braucht es neben einer starken
142 Arbeitsmarktpolitik eine aktive regionale Strukturpolitik – finanziell unterstützt
143 von Bund, Ländern und Europäischer Union.

144

145 **Eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik schaffen**

146 Mit einer aktiven und strategischen Industrie- und Dienstleistungspolitik kann die
147 Transformation im Sinne der Beschäftigten und des Klimaschutzes vorangetrieben
148 werden. Die Zukunft der Industrie- und Dienstleistungsbranchen darf nicht allein dem
149 Markt überlassen werden. Vor politischen Eingriffen in die Märkte und wo nötig – nach
150 klar definierten Regeln – auch in Unternehmensentscheidungen darf deshalb nicht
151 zurückgeschreckt werden. Zukunftstechnologien, die für Klimaneutralität und künftige
152 Wertschöpfung unerlässlich sind, müssen aktiv gefördert werden, bis sie
153 betriebswirtschaftlich rentabel und am Markt etabliert sind. Instrumente wie
154 Transformationsfonds oder Klimaschutzdifferenzverträge können die Dekarbonisierung
155 der Wirtschaft voranbringen und müssen von der neuen Bundesregierung schnellstmöglich

156 aufgesetzt werden. Mitbestimmung und Beschäftigungssicherung müssen dabei immer
157 Bedingung sein.

158 Der Anspruch einer aktiven Wirtschaftspolitik muss sein, Wertschöpfungsketten in
159 Deutschland und in Europa zu sichern und bei Zukunftstechnologien aufzubauen sowie
160 kritische Infrastrukturen zu schützen. So können Lieferketten in Krisenzeiten
161 stabilisiert, Innovationsführerschaft gesichert und zukunftsfähige Arbeitsplätze auch
162 unter Einhaltung ambitionierter Klimaziele erhalten werden. Wir müssen konkret
163 diskutieren, welche Wertschöpfungsstufen in Europa auch aus strategischen Gründen
164 bestehen sollen und dann entsprechend handeln. Dass zunächst erhebliche Fördergelder
165 in den Aufbau der Solarindustrie geflossen sind und heute fast alle Solarmodule aus
166 China bezogen werden, ist nicht zielführend und ein Beispiel gescheiterter
167 Forschungs- und Industriepolitik. Für die Zukunft muss besser und nachhaltiger
168 gehandelt werden: Wir müssen mehr Vorleistungen in der Nähe haben, wenn es gilt,
169 Elektroautos und Windräder zu bauen. Wir bekennen uns klar zur Stahlerzeugung in
170 Deutschland. Gleiches gilt für eine grüne Chemieindustrie und Zement- sowie
171 Kalkproduktion. Auch eine heimische Aluminiumindustrie gehört für uns dazu. Wir
172 wollen kurzfristig unabhängiger in der Energieversorgung werden.

173 Bestehende Wertschöpfungsketten und -netzwerke müssen aber auch resilienter gemacht
174 werden, etwa durch eine stärkere Diversifizierung der Lieferbeziehungen. Eine
175 einseitige Abhängigkeit von einzelnen Lieferant*innen oder geografischen Regionen
176 muss zukünftig verhindert werden. Und es braucht eine stärkere Beachtung von sozial-
177 ökologischen Standards im Welthandel, um einen „Wettbewerb auf Augenhöhe“ zu
178 garantieren, der nicht zulasten der Beschäftigten oder der Umwelt geht.

179 Im Dienstleistungssektor müssen digitaler Wandel und Wettbewerbsbedingungen so
180 gestaltet werden, dass Gemeinwohlbelange und individuelle Bedarfe besser
181 Berücksichtigung finden und gute – das heißt qualifizierte, tarifgebundene,
182 mitbestimmte und gut bezahlte – Arbeitsplätze entstehen.

183 Soziale Dienstleistungen, die meistens von Frauen erbracht werden, gewinnen in den
184 kommenden Jahrzehnten weiter an Bedeutung. Um den Bedarf besser als bisher zu decken,
185 müssen die dortigen Arbeitsplätze aufgewertet, gut bezahlt und sozial reguliert
186 werden. Das leistet einen Beitrag zur Überwindung der Einkommenskluft zwischen Frauen
187 und Männern und erhöht die Attraktivität dieser Berufe insgesamt.

188 Qualitativ hochwertige, gut bezahlte öffentliche Dienstleistungen sind dabei nicht
189 als Kostenfaktor, sondern als Voraussetzung für ein gutes Leben für alle zu
190 betrachten. Studien zeigen, dass soziale Investitionen – beispielsweise in die
191 frühkindliche Bildung und Betreuung – enorme Multiplikator- und Wachstumseffekte
192 haben. Sie schaffen zusätzliche Investitionen und Arbeitsplätze in anderen Bereichen,
193 steigern die Produktivität und stabilisieren die Wirtschaft und Gesellschaft
194 insgesamt.

195 Die Digitalisierung birgt Chancen auf neue Dienstleistungen, bessere Information,
196 verbesserte Zugänge zu Bildung, Produktivitätsgewinne und geringere Sachkosten. Sie

197 wird aber nur dann zum Wohlstand der Menschen beitragen, wenn sie nicht sich selbst
198 und den großen Digitalkonzernen überlassen wird. Vielmehr muss die Digitalisierung
199 aktiv vom Staat und von den Sozialpartnern gestaltet werden. Dazu gehört, die
200 Voraussetzungen für digitale Souveränität und Wertschöpfung in Europa zu verbessern,
201 sowie das Setzen von Rahmenbedingungen, die unfairen Wettbewerb, Einkommens- und
202 Sozialdumping verhindern. Beschäftigte müssen an der Digitalisierung partizipieren,
203 sie mitgestalten und sich die notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen aneignen
204 können. Zudem gilt es, die Digitalisierung endlich geschlechtergerecht zu gestalten
205 und Hürden und Benachteiligungen, die einem höheren Beschäftigtenanteil von Frauen in
206 der Digitalbranche entgegenstehen, zu beseitigen (aktuell sind nur 16 Prozent der
207 Beschäftigten in den Digitalberufen Frauen).

208

209 **Öffentliche Investitionen ausweiten, Daseinsvorsorge stärken**

210 Voraussetzung für eine erfolgreiche Transformation ist eine gut ausgebaute
211 öffentliche Infrastruktur, die eine starke und flächendeckende Daseinsvorsorge
212 garantiert und eine erfolgreiche Dekarbonisierung und Modernisierung der Wirtschaft
213 ermöglicht. Sie ist nicht nur notwendig, um die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen –
214 um etwa nachhaltigen Gütertransport und Datenaustausch schnell und flächendeckend zu
215 ermöglichen. Mit ihr zeigt der demokratische Staat vielmehr grundsätzlich seine
216 Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen. Durch funktionierende
217 Daseinsvorsorge vor Ort wird staatliches Handeln erfahrbar und erlebbar, werden
218 Städte, Gemeinden und Regionen lebenswert.

219 Dafür gilt es, die Rolle des Staates bei der Bereitstellung von Infrastruktur und
220 Angeboten der Daseinsvorsorge neu zu definieren. Das alte Motto „Privat vor Staat“
221 war schon immer ein Irrweg. Ein abgemagerter Staat führt zu mehr Ungleichheit und
222 Spaltung, gefährdet die Rechts- und Versorgungssicherheit der Menschen. Soziale
223 Dienstleistungen in den Bereichen Kindererziehung, Bildung, Behindertenhilfe, Alten-
224 und Krankenpflege müssen wieder verstärkt zurück in die öffentliche Hand. Wegen des
225 hohen Frauenanteils unter den Beschäftigten in diesen Bereichen tragen hier vermehrte
226 öffentliche Investitionen auch zur Geschlechtergerechtigkeit bei. Der Staat muss
227 dabei mit gutem Beispiel vorangehen und selbst gute, tarifgebundene Arbeit schaffen.

228 Die Zeit drängt, denn die öffentliche Infrastruktur ist bereits vielerorts marode.
229 Über Jahrzehnte wurde oft nicht einmal genug in den Erhalt investiert – geschweige
230 denn in eine Modernisierung. Die Bundesregierung muss ihre Ankündigung, ein
231 „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ zu schaffen, deshalb in vollem Umfang wahr
232 machen. Die Unterstützung der Kommunen spielt dabei eine herausragende Rolle. Sie
233 sind Investitionsmotoren vor Ort, sie stärken lokale und regionale Handwerks-,
234 Wirtschafts- und Kulturbetriebe und sie ermöglichen lokale Innovationen.

235 Allein für die Mobilitäts- und Energiewende, die zum Erreichen der Klimaziele
236 notwendig sind, braucht es enorme Investitionsmittel. Studien schätzen den
237 zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf bis 2030 auf rund 460 Milliarden Euro

238 damit die von der Bundesregierung gesetzten Klimaziele erreicht werden können. Dies
239 betrifft unter anderem Mehrinvestitionen zum Ausbau von Stromnetzen, intelligenten
240 Verteilernetzen und Speichertechnologien, von Schienen- und Wasserwegen, von
241 Ladesäulen- und Wasserstoff-Infrastrukturen, aber auch für den flächendeckenden
242 Breitbandausbau, ÖPNV-Angebote und vieles mehr. Langfristig ausgerichtete und
243 verstetigte öffentliche Investitionen stehen oft in einer Wechselwirkung mit privaten
244 Investitionen. Sie sind vielerorts Voraussetzung dafür, dass Unternehmen
245 Investitionen in neue Produktionsprozesse, Produkte und Geschäftsmodelle tätigen. Im
246 Bildungsbereich schaffen mehr Investitionen die modernen Gebäude und digitalen
247 Ausstattungen, die unsere Schulen, Hochschulen, Berufsschulen und auch
248 Volkshochschulen brauchen. Mehr öffentliche Ausgaben ermöglichen es, endlich die
249 notwendigen Erzieher*innen, Lehrer*innen und Pädagog*innen im Allgemeinen auszubilden
250 und einzustellen.

251

252 **Private Investitionen sinnvoll fördern**

253 Die wirtschaftliche Transformation, vor der wir stehen, ist so einschneidend, dass
254 die damit einhergehende Unsicherheit das Handeln privater Akteur*innen hemmt. Erst
255 ambitionierte staatliche Initiativen schaffen die sicheren Orientierungspunkte, die
256 auch die dringend benötigten privaten Investitionen möglich machen. Grundsätzlich
257 gilt: Ein gestaltender Staat, eine gestärkte Mitbestimmung und eine erneuerte
258 Sozialpartnerschaft sind neben innovativen Unternehmen und qualifizierten
259 Beschäftigten wesentliche „Standortvorteile“ und Erfolgsfaktoren für die deutsche
260 Wirtschaft.

261 Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge schaffen nicht nur lebenswerte
262 Städte und Gemeinden und wirken Landflucht entgegen. Sie verbessern auch die
263 Standortbedingungen, um Unternehmensinvestitionen und die Ansiedlung von
264 Arbeitsplätzen zu fördern. Untersuchungen zeigen, dass ein Euro öffentlicher
265 Investitionen im Durchschnitt gut 1,50 Euro an privaten Investitionen generiert. In
266 Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit kann der Effekt auch stärker sein.

267 Ambitionierte Klimaziele erfordern die Marktdurchdringung verschiedener Technologien,
268 die heute zwar nutzbar, bisher aber betriebswirtschaftlich noch nicht rentabel
269 einsetzbar sind. Damit die technologische Entwicklung und die damit einhergehende
270 industrielle Fertigung nicht zu spät oder außerhalb von Deutschland erfolgt, was
271 unweigerlich Arbeitsplatzverluste hierzulande nach sich zöge, muss der Staat diese
272 „grüne Investitionslücke“ mit gezielten Maßnahmen schließen. Neben unterschiedlichen
273 Ansätzen zur Investitionsförderung – etwa durch direkte Beihilfen, degressive
274 Abschreibungsregeln oder Fondsmodelle – können Klimaschutzdifferenzverträge zum
275 zeitweisen Ausgleich höherer Betriebskosten klimaneutraler Produktionsverfahren und
276 Beschaffungsquoten für Investitionssicherheit sorgen.

277 Dabei muss klar sein: Die Förderung von Unternehmen muss zielgenau erfolgen.

278 Allgemeine Unternehmenssteuersenkungen tragen nichts zu Wachstum und Beschäftigung

279 bei. Öffentliches Geld darf auch nicht bedingungslos an private Unternehmen fließen.
280 Staatliches Engagement im Rahmen von Fondsmodellen, Wirtschaftshilfen und
281 Förderprogrammen oder bei der Beteiligung an Unternehmen sollte immer an soziale und
282 ökologische Nachhaltigkeitskriterien und insbesondere die Anwendung von
283 Tarifverträgen gebunden und mit regionalpolitischen Zielsetzungen verbunden werden.
284 Wenn Unternehmen aus Steuermitteln unterstützt werden, müssen sie zur Sicherung von
285 Beschäftigung und Standorten verpflichtet werden.

286 Auch die Finanzwirtschaft muss stärker an nachhaltigen Kriterien ausgerichtet werden.
287 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass
288 Finanzdienstleistungsunternehmen zu einer Verringerung von Umwelt- und Klimaschäden
289 beitragen und soziale Teilhabe sowie eine nachhaltige Unternehmensführung fördern.
290 Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass solche Unternehmen, deren Geschäftsmodelle
291 erst nachhaltig ausgestaltet werden müssen, eine verlässliche Finanzierung für den
292 Wandel erhalten können. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind hier auf
293 die Finanzmärkte und Banken angewiesen. Einen ersten Schritt haben die EU-
294 Institutionen mit der Verabschiedung der Sustainable-Finance-Taxonomie vollzogen. Die
295 Weiterentwicklung der Taxonomie durch die Einbeziehung anspruchsvoller, sozialer
296 Kriterien ist von besonderer Bedeutung. Hier werden sich der DGB und seine
297 Mitgliedsgewerkschaften aktiv in den politischen Prozess einbringen. Dabei ist
298 entscheidend, dass Finanzdienstleister*innen ihrer Kernfunktion der Finanzierung von
299 Unternehmensinvestitionen nachkommen und ihr Handeln insbesondere in Zeiten der
300 Transformation an den politisch gesetzten sozialen und ökologischen Zielen
301 orientieren.

302

303 **Öffentliche Aufgaben vernünftig finanzieren**

304 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt: Die notwendigen
305 zusätzlichen öffentlichen Investitionen sind nicht nur ökonomisch sinnvoll, sie sind
306 bei zunächst erweiterter Kreditaufnahme auch problemlos finanzierbar. Öffentliche
307 Investitionen entfalten mit ihrer Umsetzung eine konjunkturelle Wirkung und stärken
308 unmittelbar die inländische Nachfrage. Gleichzeitig ermöglichen sie einen
309 langfristigen Wachstumspfad, weil sie die Grundlagen der Produktion – Infrastruktur,
310 Anlagen, Fachwissen – verbessern. Öffentliche Investitionen können perspektivisch so
311 auch maßgeblich zu ihrer eigenen Finanzierung beitragen. Berechnungen des Instituts
312 für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung unter
313 konservativen Annahmen zeigen beispielsweise: Die Staatsschuldenquote würde bei
314 Kreditfinanzierung eines auf zehn Jahre angelegten Investitionsprogramms in Höhe von
315 460 Milliarden Euro nach 30 Jahren genauso hoch liegen, wie ohne ein entsprechendes
316 Programm. Gerade in unsicheren Zeiten schaffen langfristig angelegte öffentliche
317 Investitionen Planungssicherheit für Unternehmen, Behörden und Handwerksbetriebe.
318 Weil Investitionen zusammen mit der von höheren Löhnen gespeisten Konsumnachfrage die
319 Binnennachfrage stabilisieren, tragen sie auch dazu bei, dass Überschüsse in der
320 Leistungsbilanz abgebaut werden.

321 Vor diesem Hintergrund sollten grundsätzlich keine Finanzierungswege ausgeschlossen
322 werden, um die benötigten öffentlichen Investitionen umzusetzen. Auch Staatsschulden
323 für Zukunftsinvestitionen sind per se nichts Schlechtes. Sie finanzieren den
324 wirtschaftlichen Erfolg und die Lebensqualität der Zukunft. In den aktuellen und
325 absehbaren Höhen sind sie absolut tragfähig und gefährden nicht die Stabilität der
326 öffentlichen Haushalte. Wenn die Wirtschaft mit einer Rate wächst, die höher als die
327 Zinsen ist, kann der Staat die Schulden problemlos bedienen. Gerade Deutschland kann
328 und sollte zusätzliche Kredite aufnehmen. Die Belastung der öffentlichen Haushalte
329 durch Zinsen sinkt gemessen am Bruttoinlandsprodukt seit den 1990er Jahren. Derzeit
330 sind die Zinsen sehr niedrig. Und selbst wenn sie in Zukunft ein wenig steigen
331 würden, würde der Schuldenstand bei anhaltendem Wachstum voraussichtlich sinken. Es
332 ist nur fair, wenn nachfolgende Generationen über Zins und Tilgung auch an der
333 Finanzierung des öffentlichen Kapitalstocks, den sie in der Zukunft nutzen, beteiligt
334 werden. Heute unterlassene Investitionen führen für künftige Generationen zudem zu
335 ungleich höheren Folgekosten. Hinzu kommt: Staatsanleihen sind eine wichtige und
336 sichere Form der Geldanlage. Für Versicherungen und andere Anleger*innen sind sie
337 unverzichtbar.

338 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bleiben deshalb bei ihrer Kritik an der
339 Schuldenbremse und den europäischen Fiskalregeln. Immer mehr Ökonom*innen – bis ins
340 konservative Lager – sehen mittlerweile einen Reformbedarf bei den Schuldenregeln.
341 Und auch die neue Regierungskoalition auf Bundesebene hat zumindest im Ansatz
342 erkannt, dass es Veränderungen braucht und will das so genannte
343 „Konjunkturbereinigungsverfahren“ im Kontext der Schuldenbremse anpassen. Wenn sie
344 diese Anpassung richtig angeht, kann die Bundesregierung dafür sorgen, dass die
345 Schuldenbremse künftig weniger prozyklisch und krisenverschärfend wirkt und dass
346 zusätzliche Spielräume zur Investitionsfinanzierung entstehen.

347 Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und gehört abgeschafft. Dafür bedarf
348 es politischer Zweidrittelmehrheiten, weil sie auf Bundesebene und auch in vielen
349 Bundesländern in der Verfassung verankert ist. Solange diese Mehrheiten nicht
350 erreicht werden, müssen zumindest die bestehenden Möglichkeiten der Schuldenbremse,
351 Investitionen über Kredite zu finanzieren, voll ausgeschöpft werden.

352 SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag entsprechende
353 Maßnahmen beschlossen, die in vollem Umfang genutzt werden müssen. Dazu gehören
354 kreditfinanzierte Investitionen über bundeseigene Unternehmen, wie die Bundesanstalt
355 für Immobilienaufgaben (BImA), sowie die Vergrößerung des Energie- und Klimafonds,
356 der künftig als „Klima- und Transformationsfonds“ Zukunftsinvestitionen voranbringen
357 soll. Die corona-bedingt aufgenommenen Kredite will die neue Koalition zwar später
358 und über einen Zeitraum von 30 anstatt 20 Jahren tilgen. Die Tilgungspläne sollten
359 aber noch weiter – auf mindestens 50 Jahre – verlängert werden. Jeder Euro, der in
360 den kommenden Jahren in die Schuldentilgung gesteckt wird, wäre in Investitionen
361 besser aufgehoben.

362 Wenn einzelne dieser Ideen nicht funktionieren oder ausreichen, müssen andere Wege

363 zur Kreditfinanzierung gewählt werden – etwa über Extrahaushalte, die nicht unter die
364 Schuldenbremse fallen. Unabhängig davon, welche Instrumente genutzt werden:
365 Maßgeblich bleibt, dass der öffentliche Investitionsbedarf für die sozial-ökologische
366 Transformation gedeckt sein muss, der auf rund 460 Milliarden Euro in den nächsten
367 zehn Jahren geschätzt wird. Die Bundesregierung muss hierfür eine verlässliche
368 Finanzierung sicherstellen. Für die darüber hinaus dringend benötigte Mobilisierung
369 privaten Kapitals halten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften an ihrer
370 grundsätzlichen Ablehnung Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) fest. Dieses
371 Instrument sollte allenfalls dann genutzt werden, wenn kein anderer Weg gangbar ist.
372 Auf alle Fälle müssen Privatisierungen und Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)
373 aber vermieden werden, wenn es um den Bereich der Daseinsvorsorge oder um zentrale
374 staatliche Aufgaben geht. Klar ist: die Kreditaufnahme über Extrahaushalte zur
375 Finanzierung öffentlicher Investitionen ist nicht der Königsweg. Aber unter den
376 Bedingungen der Schuldenbremse ist sie eine Möglichkeit, öffentliche
377 Investitionsbudgets zu erweitern, ohne diese essenziellen Dienstleistungen an private
378 Anbieter*innen auszulagern und so der Gewinnmaximierung zu unterwerfen.

379

380 **Einnahmeseite stärken**

381 So notwendig die Ausweitung der Kreditaufnahme zur Bewältigung von Sonderlasten und
382 zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen auch ist, so wenig kann sie Ersatz für
383 eine verbesserte und gerechtere Steuerfinanzierung von laufenden Ausgaben sein. Denn
384 die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand kann nur erhalten und
385 erweitert werden, wenn die Einnahmeseite des Staates den Aufgaben entsprechend
386 gestärkt wird. Bislang ist das deutsche Steuersystem ungerecht. Viele Unternehmen,
387 Superreiche und Topverdiener*innen tragen gemessen an ihrer wirtschaftlichen
388 Leistungsfähigkeit unverhältnismäßig wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei.
389 Hingegen finanzieren die abhängig Beschäftigten über die direkten und indirekten
390 Steuern den größten Teil der öffentlichen Ausgaben.

391 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben deshalb einen detaillierten Vorschlag
392 für eine grundlegende Reform des Steuersystems vorgelegt, mit dem nicht nur eine
393 (geschlechter-)gerechte Verteilung der Steuerlast, sondern gleichzeitig ein hoher
394 zweistelliger Milliardenbetrag an Steuernehmeinnahmen geschaffen werden kann.

395 Mehr laufende Einnahmen könnten unter anderem in zusätzliches, angemessen bezahltes
396 Personal in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge fließen. Denn der Mangel
397 an Personal in Kindertageseinrichtungen und Schulen, beim Zoll, in den
398 Gesundheitsämtern oder auch in der Justiz ist immens. Insbesondere in vielen
399 technischen Berufen ist das Problem akut, etwa in den Bauämtern oder bei öffentlichen
400 IT-Dienstleister*innen. Mehr Investitionen in den öffentlichen Dienst sind zwingend.
401 Sie dürfen anderen öffentlichen Ausgaben nicht untergeordnet werden.

402 Die Ungerechtigkeit des Steuersystems spiegelt sich in der ungleichen Verteilung von
403 Einkommen und Vermögen in unserem Land wider, die durch die Corona-Pandemie noch

404 verstärkt wurde. Superreiche konnten trotz oder mitunter wegen Corona ihr Vermögen
405 vermehren, während ärmere Haushalte meist Einkommen verloren haben. Der DGB und seine
406 Mitgliedsgewerkschaften bekräftigen deshalb ihre Forderungen nach einer
407 Wiedererhebung der Vermögensteuer mit einem progressiv ausgestalteten Steuertarif.
408 Untere und mittlere Einkommen sollten durch eine Reform der Einkommenssteuer deutlich
409 entlastet werden. Um der Gleichstellung der Geschlechter endlich steuerrechtlich
410 Rechnung zu tragen, braucht es eine grundlegende Reform der Besteuerung von
411 Ehepaaren. Die Verschonung leistungslos erworbenen Reichtums durch die Begünstigungen
412 für Unternehmensvermögen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen der DGB und
413 seine Mitgliedsgewerkschaften abschaffen und verweisen dabei auf die Kritik des
414 Bundesverfassungsgerichts. Ebenso gehört die Abgeltungssteuer abgeschafft, damit
415 Kapitalerträge wieder der persönlichen Einkommensbesteuerung unterliegen und die
416 ungerechte Privilegierung hoher Kapitalerträge gegenüber Arbeitseinkommen beendet
417 wird. Eine breit ausgestaltete Finanztransaktionssteuer ist überfällig. Sie muss so
418 ausgestaltet werden, dass Spekulationen an den Finanzmärkten an Attraktivität
419 verlieren, was wiederum die gesamtwirtschaftliche Stabilität erhöht.

420 Die Umsetzung des DGB-Steuerkonzepts – insbesondere die Wiedererhebung der
421 Vermögensteuer – würde auch dazu beitragen, die durch die Corona-Pandemie zusätzlich
422 entstandenen finanziellen Lasten für die Gesellschaft zu kompensieren. Gerade
423 angesichts der auch hierzulande erheblichen finanziellen Auswirkungen des Krieges in
424 der Ukraine ist allerdings zu prüfen, wie zusätzlich eine Lastenausgleichsabgabe für
425 den vermögendsten Teil der Haushalte eingeführt und ausgestaltet werden kann.

426

427 **Den Wandel europäisch angehen!**

428 Der europäischen Ebene kommt bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Wandels eine
429 große Bedeutung zu. Das gilt zum Beispiel für Regulierungen im Kontext der
430 Digitalisierung. So möchte die EU-Kommission mit dem Digital Markets Act
431 beispielsweise den Missbrauch von Marktmacht durch sehr große digitale Plattformen
432 verhindern. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen diesen Ansatz.
433 Notwendig ist es allerdings, nicht nur auf Wettbewerb zu setzen, sondern Plattformen
434 auch zu sozialem und verbraucherfreundlichem Verhalten zu verpflichten. Die
435 diesbezüglichen Bemühungen auf europäischer Ebene dürfen nicht durch Regelungen
436 internationaler Handelsabkommen, wie sie derzeit etwa für den Bereich des E-Commerce
437 in der Diskussion sind, untergraben werden. Erwerbstätigen, die für ihre
438 Einkommenserzielung auf digitale Plattformen angewiesen sind, muss der Aufbau einer
439 starken kollektiven Gegenmacht gegenüber diesen Plattformen ermöglicht werden. Zudem
440 brauchen sie eine soziale Absicherung. Inwieweit Plattformen vom Staat selbst
441 betrieben werden könnten, sollte diskutiert werden.

442 Für die Bekämpfung des Klimawandels haben die EU-Institutionen die Weichen mit dem
443 „Europäischen Green Deal“ und dem darauf aufbauenden „Fit For 55“-Paket gestellt: Als
444 erster Kontinent soll Europa bis 2050 klimaneutral werden. Der DGB und seine

445 Mitgliedsgewerkschaften werden sich im Sinne der Beschäftigten aktiv in die Debatten
446 einbringen, damit die Wege zur Klimaneutralität klar benannt werden. Mit verschärften
447 Zielvorgaben allein ist noch nichts gewonnen, vielmehr muss die Politik auch die
448 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die gesetzten Klimaziele unter
449 Berücksichtigung von Guter Arbeit und inklusivem Wohlstand tatsächlich erreicht
450 werden.

451 Dabei darf nicht nur auf Marktmechanismen gesetzt werden. Vielmehr muss ein gerechter
452 Strukturwandel in Europa durch eine aktive Investitionsoffensive sowie begleitende
453 struktur-, arbeitsmarkt-, dienstleistungs- und industriepolitische Maßnahmen
454 vorangetrieben werden. Es muss um eine unterstützende Politik für Beschäftigte,
455 Unternehmen und Bürger*innen gehen, die neben der nachhaltigen Modernisierung der
456 Standorte auch die Verteilung im Blick hat und zum Abbau der Disparitäten in Europa
457 beiträgt. Vorhaben im Rahmen des europäischen Green Deals müssen dabei auch mehr
458 Investitionen in Dienstleistungen und Dienstleistungssysteme beinhalten, die
459 ökologische Nachhaltigkeit und Gute Arbeit fördern. Eine aktive europäische
460 Industrie- und Dienstleistungspolitik ist notwendig, um die Transformation bewältigen
461 zu können, Beschäftigung in Europa zu sichern und auszubauen. Bei der Aktualisierung
462 ihrer Industriestrategie hat die EU-Kommission zuletzt einen aktiveren Ansatz
463 verfolgt. Das ist grundsätzlich begrüßenswert und muss fortgesetzt werden.

464 Die Dekarbonisierung der europäischen Industrie und Infrastruktur birgt Chancen für
465 Zukunftstechnologien und Wohlstand. Umso mehr muss das europäische Beihilferecht
466 dabei eine beschäftigungsfreundliche sozial-ökologische Transformation unterstützen
467 und notwendige öffentliche Investitionen sowie weitere staatliche Fördermaßnahmen zur
468 Flankierung der Transformation ermöglichen. Instrumente wie die unter dem Titel
469 „IPCEI“ (wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse) zusammengefassten
470 Förderprojekte sind wichtige Instrumente, um die Transformation voranzubringen und
471 für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen. Eine Reform des EU-Beihilferechts
472 ist dabei nicht nur aus industriepolitischer Perspektive geboten. Auch im
473 Dienstleistungsbereich müssen die Beschränkungen gelockert werden. Der Wandel wird
474 verschiedene Regionen und Branchen unterschiedlich treffen. Die Themen
475 Regionalpolitik, Qualifizierung und Mitbestimmung müssen in einer europäischen
476 Industrie- und Dienstleistungsstrategie eine prominente Rolle spielen, ebenso wie die
477 unterstützenden Struktur- und Investitionsfonds.

478 Wie von den Gewerkschaften gefordert, wurde in der Corona-Krise zusätzlich zu den EU-
479 Strukturfonds ein weiterer kreditfinanzierter EU-Aufbaufonds (Aufbau- und
480 Resilienzfazilität) geschaffen. Es ist richtig, den wirtschaftlichen Aufbau über
481 gemeinschaftliche Kreditaufnahme zu finanzieren, um die wirtschaftlichen Folgeschäden
482 der Corona-Krise solidarisch auszugleichen und Wertschöpfungsketten in Europa zu
483 stärken. Das sichert Beschäftigung – auch in Deutschland. Andererseits ist die
484 politische Steuerung dieses Fonds nur unzureichend geregelt. Die Gewerkschaften
485 wurden nicht konsultiert. Der Handlungsspielraum der Europäischen Kommission wurde
486 ausgeweitet, ohne auf EU-Ebene eine echte demokratische Kontrollfunktion zu

487 etablieren. Auch die Kopplung der EU-Investitionshilfen an die Reformauflagen des
488 Europäischen Semesters lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ab.

489 Es muss sichergestellt werden, dass es zu keiner Kürzung der EU-Strukturfonds kommt.
490 Insgesamt sollte die EU-Investitionspolitik so ausgerichtet werden, dass sie die
491 Entstehung von Guter Arbeit und Mitbestimmung in den Betrieben fördert. Das gilt für
492 den EU-Aufbaufonds genauso wie für die EU-Strukturpolitik. Es muss sichergestellt
493 werden, dass europäische Fördermittel zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten in
494 der EU und ihren Nachbarstaaten nicht an Anbieter*innen gehen, die unter Missachtung
495 grundlegender Arbeitsstandards und Umgehung von Tariflöhnen Dumpingangebote
496 einreichen.

497 Um gestärkt aus der Krise herauszukommen, ist darüber hinaus – ähnlich wie bei der
498 deutschen Schuldenbremse – eine grundlegende Reform der EU-Fiskalregeln zentral. Die
499 Kernelemente einer Reform liegen auf dem Tisch: Das zukünftige fiskalpolitische
500 Regelwerk der EU sollte flexibler, investitionsfreundlicher und demokratischer sein.
501 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben dazu konkrete Forderungen
502 aufgestellt. Im anstehenden Reformprozess zur EU Economic Governance werden wir uns
503 für eine schnelle Umsetzung stark machen.

504 Insgesamt sollte sich die EU-Wirtschaftspolitik von ihrer Fixierung auf das Ziel der
505 Budgetkonsolidierung lösen. Weitere wirtschaftspolitische Zielsetzungen, die
506 ebenfalls in den Verträgen verankert sind, wie etwa Vollbeschäftigung, soziale
507 Konvergenz und ökologische Nachhaltigkeit, sollten stärker in den Fokus treten. Der
508 wirtschaftspolitische Koordinierungsprozess des Europäischen Semesters sollte den
509 verschiedenen Zielsetzungen stärker Rechnung tragen und demokratischer ausgestaltet
510 sein – vor allem durch eine wirksame Einbeziehung des Europäischen Parlaments und der
511 nationalen Parlamente sowie eine effektive Beteiligung der Sozialpartner.

512 Schließlich wird auch die Geldpolitik eine zentrale Rolle spielen bei der
513 wirtschaftlichen Erholung und Transformation in der EU. Der DGB und seine
514 Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass die Europäische Zentralbank (EZB)
515 ihre innovativen geldpolitischen Instrumente zur Stabilisierung der Währungsunion
516 beibehält und neue Instrumente entwickelt, um die europäischen Volkswirtschaften bei
517 ihrem anstehenden Transformationsprozess zu unterstützen. Sie kann den Green Deal
518 sinnvoll flankieren durch neue Vorgaben bei Wertpapierkäufen sowie der Vergabe von
519 Krediten an Banken.

520 Die derzeit hohe Inflation wird vor allem von den Energiepreisen getrieben. Hier muss
521 auch ihre Bekämpfung ansetzen. Die europäischen Regierungen und insbesondere die
522 Bundesregierung müssen effektive Maßnahmen ergreifen, um den Preisanstieg zu bremsen.
523 Dann wird auch ein möglicherweise übertriebenes und kontraproduktives Gegensteuern
524 der EZB weniger wahrscheinlich. Grundsätzlich sollte in der Geldpolitik das Ziel der
525 Preisstabilität mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen, etwa Klimaneutralität und
526 Vollbeschäftigung, in Einklang gebracht werden. Dafür ist letztlich eine Erweiterung
527 des EZB-Mandats notwendig. Doch auch ohne eine Änderung der EU-Verträge sind hier

- 528 Reformen möglich, etwa durch stärkere politische Vorgaben seitens des Europäischen
529 Parlaments bei den Sekundärzielen. Insgesamt ergeben sich durch die veränderte Rolle
530 der EZB in der EU-Wirtschaftspolitik erhöhte Anforderungen an ihre politische
531 Steuerungsarchitektur.